



11. Sitzung Gemeinderat (2010-2014) – Doppelsitzung

Datum, Zeit:	Montag, 5. Dezember 2011, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz:	Rolf Biggel (FDP), Gemeinderatspräsident
Anwesend:	39 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	Andreas Sturzenegger (FDP) Stadträtin Edith Jöhr (BDP)
Protokoll:	Marcel Amhof, Gemeinderatssekretär
Stimmzähler:	Jacqueline Hofer: Bereich SVP Benedikt Stockmann: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Patrick Schnider: Bereich GEU/glp und SP/Juso/GP
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 10. Sitzung vom 3. Oktober 2011
3. Postulat Matthias Maag (EVP) „Realisierung von Wasserwirbelkraftwerken“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung
GR Geschäft Nr. 55/2011
4. Bruttokredit (Gesamtkredit) von 7,6 Millionen Franken für die Erstellung eines neuen Werkhofes sowie die Überdachung, räumliche Anpassung und verkehrstechnische Umgestaltung bei der Altstoffsammelstelle / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 96/2011
5. Grundstück Hinteres Bettli, Verkauf an Alexius Eugster / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 105/2011
6. Voranschlag 2012 / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 97/2011
7. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte (Rücktritt Peter Jann)
GR Geschäft Nr. 107/2011
8. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (Rücktritt Hans Baumann)
GR Geschäft Nr. 109/2011
9. Wahl Gemeinderatssekretär a.i.
GR Geschäft Nr. 108/2011



10. Sieben Bürgerrechtsgesuche
 - 10.1. Sohail Muhammad Shoaib sowie die Kinder Rayyan und Eshan, pakistanische Staatsangehörige, Alte Gfennstrasse 8a, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 85/2011
 - 10.2. Ismaili Halit sowie die Kinder Shekjibe und Vejsel, mazedonische Staatsangehörige, Rotbuchstrasse 6, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 92/2011
 - 10.3. Mahmood Asif, pakistanischer Staatsangehöriger, Kriesbachstrasse 67b, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 93/2011
 - 10.4. Maliqi Kujtim, serbischer Staatsangehöriger, Zürichstrasse 39, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 94/2011
 - 10.5. Natterer Elfriede, deutsche Staatsangehörige, Spirackerstrasse 20, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 95/2011
 - 10.6. Da Costa Ana Carenina sowie die Kinder Da Costa Frädrich Thalisha und Da Costa Frädrich Alexa Jolie, Neuhausstrasse 16, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 99/2011
 - 10.7. Kitanovski Robert, mazedonischer Staatsangehöriger, Säntisstrasse 2, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 100/2011
-

1. Mitteilungen

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie Pressevertreter und Publikum. Speziell begrüsst er die drei gewählten Nationalräte Thomas Maier (GEU/glp), Lothar Ziörjen (BDP) und Martin Bäuml (GEU/glp), die heute ihren ersten Sessionstag in Bern hatten. Zur Traktandenliste gibt es keine Änderungsanträge. Damit gilt die Traktandenliste gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates, Artikel 24 Ziffer 1 als genehmigt.

a) Personelles

Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) verabschiedet den Gemeinderatssekretär Marcel Amhof, der zum letzten Mal an einer Sitzung des Gemeinderates teilnimmt, und verdankt dessen Arbeit für den Gemeinderat. Gemeinderat Peter Jann (GP) hat beim Bezirksrat per 31. Dezember 2011 seinen Rücktritt aus dem Parlament eingereicht. Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) dankt Peter Jann für dessen Engagement und wünscht ihm für die Zukunft nur das Allerbeste. Gleichzeitig begrüsst er Stefan Kunz (GP) der durch den Stadtrat zum Nachfolger von Peter Jann bezeichnet worden ist, und der an der Sitzung als Gast teilnimmt. Ebenfalls als Gast wird der designierte Gemeinderatssekretär a.i. Peter Imhof begrüsst.

b) Neue Geschäfte seit der vom 3. Oktober 2011

Die beiden Geschäfte „Schaffung einer Integrationsstelle als neue Aufgabe der Stadtverwaltung“ sowie das „Reglement über die Wasserversorgung“ werden durch die GRPK vorberaten. Der Verkauf



des Grundstücks Hinteres Bettli an Alexius Eugster wurde durch die KRL geprüft und ist für die heutige Sitzung traktandiert. Sechs Bürgerrechtsgesuche werden durch die BRK vorberaten werden bzw. sind teilweise bereits an dieser Sitzung traktandiert.

Der Stadtrat hat das Postulat Matthias Maag (EVP) „Realisierung von Wasserwirbelkraftwerken“ sowie die Interpellation Patrick Angele (SP) „Regionale Grossprojekte in Dübendorf“ beantwortet.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen:

Jacqueline Hofer (SVP):

„Die Gesundheits- und Umweltkommission der Stadt Dübendorf hat vor einiger Zeit anlässlich der Optimierung der Entsorgung ein neues Abfallkonzept erstellt. Ziel war es, die Abfallentsorgung insbesondere in Quartieren mit schmalen Strassen und Sackgassen mittels Sammelstellen zu verbessern. Am vergangenen Freitag wurde den Haushaltungen in Dübendorf ein hochqualitativer Prospekt ‚Container-Pflicht‘, der auf einem neuen abweichenden Konzept basiert, zugestellt. Ein teurer Adventsspass der Stadt Dübendorf, der mit Steuergeldern bezahlt wird. Ohne Vororientierung der Öffentlichkeit wird man vor die Tatsache gestellt, dass ab 2012 bei Einfamilien- und Mehrfamilienhäuser der Kehricht und das Grüngut über Norm-Kunststoffcontainer entsorgt werden müssen. Es wird zudem gefordert, dass bestehende stabile langlebige Stahlcontainer auf eigene Kosten mit Kunststoffcontainern ersetzt werden müssen. Jeder weiss, dass die Haltbarkeit von Kunststoffcontainern infolge absehbarer Brüchigkeit und Spröde nicht lange andauern wird. Die Forderung der Stadt wird sogar noch übertroffen. Wer keinen bisherigen Standort hat, muss entweder eine Containerische bauen, dafür braucht es eine Baubewilligung, was nebst den Baukosten Baubewilligungskosten auslöst, oder sich auf öffentlichen Grund mittels Jahresmiete einmieten. Eine Umsetzung bis 2012 wird also nicht möglich sein, denn allein das Baubewilligungsverfahren wird nebst den Weihnachtsfeiertagen mindestens drei Wochen benötigen. Zudem werden Sicherheitsbestimmungen für neue Standorte verlangt. Der konzeptlose teure Schnellschuss der Stadt Dübendorf scheint keine Grenzen zu haben. Es fehlt nur noch, dass Containerischen unterirdisch wie in der Stadt Zürich gebaut werden müssen und Quadratmeter-Landpreise verlangt werden. Bürgerinnen und Bürger von Dübendorf sind verärgert und fühlen sich über den Tisch gezogen.“

Thomas Maier (GEU/glp):

Seit der letzten Gemeinderatssitzung sei viel Wasser die Glatt hinuntergeflossen. Man habe die National- und Ständeratswahlen hinter sich und über wichtige Sachfragen abgestimmt und einige für Dübendorf wichtige Sachgeschäfte vorangetrieben. Der GEU/glp Dübendorf habe sich über das Verhalten des Stadtrates gefreut, jedoch habe dies nicht immer gefallen. Man fasse Lob und Tadel in einer Fraktionserklärung zusammen. Vor einigen Wochen habe der Zoo seine Seilbahn entschieden vorgebracht. Der Stadtrat habe sich dabei vorbildlich verhalten und entsprechende Rechtsmittel ergriffen und öffentlich Stellung gegen das Projekt genommen. Man hoffe, dass die Seilbahn nie kommen werde, wisse aber um die Schwierigkeiten im anstehenden juristischen Prozess. Einen Wunsch gebe man dem Stadtrat mit, indem man hoffe, dass dieser entschieden auch gegen neue Parkplätze Stellung beziehe, da sich dadurch das Verkehrsproblem nicht lösen lasse. Ebenfalls seit einigen Wochen könne man sich über die neu renovierte Bahnhofunterführung freuen. Es gehe eben doch, rasch und entschlossen zu handeln. Gar nicht glücklich sei die GEU/glp-Fraktion über die Kehrtwende des Stadtrates im Vorfeld der Flughafenabstimmungen. Zwar stehe der Stadtrat damit in einer Reihe von Nachbargemeinden, doch mache dies die Sache nicht besser. Im Positionspapier des Stadtrates von Ende 2002 stünden einige wichtige Punkte, so zum Beispiel, dass der Stadtrat einen Flughafen anstrebe, der das Optimum und nicht das Maximum in Sachen Verkehrsmenge, Qualität und Umweltfreundlichkeit, oder eine Beschränkung der Flugbewegungen auf 320'000 pro Jahr. So komme die Entwicklung weiterer Flugzeugtypen der Bevölkerung und der Umwelt zu Gute. Weiter fordere der Stadtrat keine Veränderungen im Pistensystem sowie keine neuen Flugrouten. Viele Jahre, meist vor



den Wahlen, hätten einzelne Mitglieder jede Gelegenheit genutzt, um sich gegen Fluglärm auszusprechen, um einige Stimmen zu sammeln. Was habe der Stadtrat aber gemacht, als es um die Wurst ging? Statt zwei Mal ein Ja zu empfehlen und in der Stichfrage der Behördeninitiative den Vorzug zu geben und damit für die fluglärmgeplagten Gemeinden um den Flughafen einem Kompromiss zum Durchbruch zu verhelfen, habe sich der Stadtrat für zwei Mal Nein ausgesprochen. Er missachte dabei die vorher formulierten Grundsätze. Man könne sich dies nur damit erklären, dass der Stadtrat hoffe, die Ost-West-Piste möglichst schnell auszubauen. Diese Taktik werde jedoch nicht aufgehen, denn darauf folge auch der Ausbau der Piste 32 mit straight-starts. Der Stadtrat erweise uns dabei einen Bärendienst zusammen mit dem Verein Flugschneise Süd Nein. Für sie sei deshalb der Turnaround des Stadtrates inakzeptabel und er hoffe, dass sich der Stadtrat darauf besinne, einen Konsens gemeinsam mit den anderen Regionen im Sinne des Positionspapiers zu finden.

2. Protokoll der 10. Sitzung vom 3. Oktober 2011

Zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 3. Oktober 2011 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates genehmigt.

3. Postulat Matthias Maag (EVP) „Realisierung von Wasserwirbelkraftwerken“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung GR Geschäft Nr. 55/2011

Antrag des Stadtrates:

Der Stadtrat beantragt in seiner Beantwortung des Postulates vom 3. November 2011 das Aufrechterhalten des Postulates.

Allgemeine Diskussion:

Matthias Maag (EVP):

„Als Postulant möchte ich dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung meines Postulates recht herzlich danken. Ganz besonders freut mich natürlich, dass die durch die Firma Vorteco vorgenommene Grobanalyse doch die Möglichkeit aufgezeigt hat, am Standort Obere Mühle allenfalls ein Wasserwirbelkraftwerk zu realisieren, und auch dass die Wirtschaftlichkeit trotz viel Zweifel grundsätzlich positiv ausfällt. Um die nächsten Schritte einzuleiten und der Realisierung des Wasserwirbelkraftwerkes in Dübendorf einen weiteren Schritt näherzukommen bitte ich den Gemeinderat, der Empfehlung des Stadtrates zu folgen und das Postulat aufrechtzuerhalten.“

Hans-Felix Trachsler (SVP):

Die SVP-Fraktion sei bereits gegen die Überweisung des Postulates an den Stadtrat gewesen. Deshalb werde die Fraktion auch für die Abschreibung des Vorstosses stimmen.

Lena Lademann (SP):

Die SP/GP/Juso-Fraktion sei für die Aufrechterhaltung des Vorstosses. Es habe jedoch in der Fraktion Zweifel darüber gegeben, wie effizient diese Wasserwirbelkraftwerke seien. Man verlange deshalb eine Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie.



Abstimmung:

Das Postulat „Realisierung von Wasserwirbelkraftwerken“ ist mit 22 zu 15 Stimmen weiter aufrechterhalten worden und bleibt auf der Pendenzenliste.

- 4. Bruttokredit (Gesamtkredit) von 7,6 Millionen Franken für die Erstellung eines neuen Werkhofes sowie die Überdachung, räumliche Anpassung und verkehrstechnische Umgestaltung bei der Altstoffsammelstelle / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 96/2011**

Referat GRPK Daniel Brühwiler (GEU/glp):

Er mache als Vorbemerkung darauf aufmerksam, dass der Bruttokredit aufgrund der Finanzkompetenzen im Falle einer Genehmigung durch den Gemeinderat der Urnenabstimmung zu unterbreiten sei, was im Antrag des Stadtrates und der GRPK nicht explizit erwähnt werde. In der vergangenen Legislatur habe man im Gemeinderat bereits eine Vorlage des Stadtrates zum Bauhof behandelt. 2007 ging es um eine Sanierung des bestehenden Gebäudes, was durch den Gemeinderat bewilligt worden sei. Der Stadtrat habe später aufgrund massiver Kostenüberschreitungen einen Projektstopp verfügt. Die Überarbeitung des Projektes habe dazu geführt, dass jetzt ein neuer Kreditantrag vorliege. Es gehe dabei um den Abbruch des bestehenden Gebäudes und den Neubau eines Werkhofes. Die baulichen Massnahmen bei der Altstoffsammelstelle seien nach der Neuprojektierung des Werkhofes ebenfalls angepasst worden, so dass der bereits durch den Gemeinderat bewilligte Rahmenkredit jetzt neu angepasst zur Genehmigung vorliege. Der Stadtrat habe diese beiden Projekte gemeinsam überarbeitet. Geplant sei jetzt der Bau von zwei Gebäuden mit einer Werkhalle inklusive Büros und Garderoben und mit einer offenen Lagerhalle. Man strebe damit eine Zentralisierung der Lagerräume des Werkhofes an einem Ort an. Ebenfalls neu ist die Integration der Stadtgärtnerei im Bauhof, so dass das heutige Areal des Bauhofes in der Bue frei werde. Bei der Altstoffsammelstelle sei eine offene Halle für Grosscontainer geplant, zudem eine neue Verkehrsführung und eine Verbesserung der Arbeitsabläufe. Die Abklärungen der GRPK hätten weiter ergeben, dass mit dem Neubau Reserven vorhanden seien, so dass durch den Bau neuer Quartiere der Bauhof nicht an seine Grenzen stiesse. Zudem könnten vorhandene arbeitsrechtliche Probleme zum Beispiel bei der Geschlechtertrennung der Garderoben gelöst werden. Ebenfalls habe man erfahren, dass es während der Bauphase keine grösseren Provisorien benötige. Die GRPK sei zum Schluss gekommen, dass der Stadtrat eine überzeugende Lösung vorschlage, die ihren Preis wert ist. Die GRPK beantrage deshalb einstimmig die Genehmigung des Kredites.

Stellungnahme Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP):

Er danke der GRPK für das kritische Hinterfragen des Geschäftes und dessen Prüfung. Er bittet den Gemeinderat, den Anträgen von Stadtrat und GRPK zu folgen.

Allgemeine Diskussion:

Andrea Kennel (SP):

„Ich zitiere aus der Weisung: ‚Mit Beschluss 404 und Weisung Nr. 95 vom 8. November 2007 wurde für die Sanierung des heutigen Bauhofes sowie die Erstellung einer Fahrzeughalle an der Usterstrasse 105, Dübendorf, ein Kredit von 1,1 Mio. Franken beantragt und durch den Gemeinderat an der Sitzung vom 7. April 2008 bewilligt. In diesem Kredit nicht enthalten waren die Kosten für innere Umbauten im Bürotrakt sowie für allfällige Ergänzungen oder Anpassungen im Bereiche der Garderoben. Die bauliche Umsetzung war in zwei Etappen, erste Etappe Erstellung der Fahrzeughalle, zweite



Etappe Sanierung des heutigen Bauhofes, geplant. Im Verlaufe der Detailprojektierung der Fahrzeughalle zeichneten sich grosse Kostenüberschreitungen gegenüber dem bewilligten Bruttokredit ab. Trotz allen geprüften und für die Umsetzung vorgesehenen Kostenreduktionen musste davon ausgegangen werden, dass sich die Gesamtkosten für eine Bauhofsanierung (zusammen mit den zwingend erforderlichen inneren Umbauten im Bürotrakt und den gesetzlich geforderten Anpassungen im Bereiche von Garderoben und Duschen) auf geschätzt um über 2,0 bis 2,5 Mio. Franken belaufen dürften und somit die Finanzkompetenzgrenze des Gemeinderates (Art. 30 Gemeindeordnung) überschritten würde bzw. somit eine Volksabstimmung anzuberaumen wäre. Vor diesem Hintergrund wurde dem Stadtrat die aktuelle Situation mit Diskussionsgeschäft Nr. 09- 455 vom 3. Dezember 2009 offen dargelegt. Der Stadtrat hat sich ausführlich mit dieser aktuellen Situation auseinandergesetzt und unter Berücksichtigung aller Faktoren einen ‚Marschhalt‘ festgelegt, mit dem Ziel, das bisherige Projekt ‚Totalsanierung‘ nochmals eingehend zu überprüfen. Dabei sollten nicht nur die zwingenden Sanierungsbedürfnisse überprüft und kostenmässig erfasst werden, sondern es sollte der Fächer bis hin zu einem gesamten Neubau mit Integration der Altstoffsammelstelle (samt Verkehrsflüssen, Erschliessungen etc.) offen stehen.‘ Irgendwie kommt mir das bekannt vor. Der Stadtrat will sparen und erarbeitet eine vermeintlich kostengünstige Vorlage. Im Verlaufe der weiteren Vertiefung zeigt sich aber, dass es eben doch nicht ganz so günstig kommt und es wird ein Marschhalt eingelegt. Erst dann hat man den Mut zu prüfen, was wirklich gebraucht wird. So entsteht eine Lösung, die eben nicht mehr eine schmürzelige Sparübung ist, sondern dem entspricht, was wirklich gebraucht wird. Mit dem Nachteil, dass das eben auch mit entsprechenden Kosten und Investitionen verknüpft ist. Positiv dabei: der Stadtrat hat bei dieser Vorlage den Mut, einen inhaltlich guten Antrag zu stellen, der alles enthält, was die nächsten Jahre gebraucht wird. Ich bin überzeugt, dass dieses Vorgehen langfristig gesehen nicht nur sinnvoller, sondern auch günstiger ist, als ein schmürzeliges Flickwerk an Sanierungen. Zwei Dinge aber wünsche ich mir: einerseits, dass ein andermal von Anfang an mutiger geplant wird, so dass die Planung dann auch wirklich in ein Gesamtkonzept passt. Denn wie so oft, sehe ich auch beim Bauhof noch kein wirkliches Gesamtkonzept, beispielsweise ist noch nicht klar, was mit den Gebäuden der Stadtgärtnerei geschieht, die ja nach dem Neubau nicht mehr als Stadtgärtnerei gebraucht werden. Mein zweiter Wunsch – es ist ja bald Weihnachten, da darf man auch mal was wünschen: Ich wünsche mir, dass der Stadtrat auch betreffend Alters- und Spitexzentrum endlich etwas mutiger plant und ein Projekt präsentiert, das nicht billig ist, sondern sinnvoll und langfristig günstig. Aber das ist ein anderer Punkt und Weihnachten ist ja jedes Jahr wieder. Die SP unterstützt den Kreditantrag für die Erstellung eines neuen Werkhofes.“

Abstimmung:

Antrag Stadtrat / GRPK

1. Bewilligung eines Bruttokredites (Gesamtkredit) von 7,6 Mio. Franken für die Erstellung eines neuen Werkhofes samt zudienenden Gebäuden und Werkflächen (6,78 Mio. Franken) sowie für die Überdachung, räumlichen Anpassungen und verkehrstechnischen Umgestaltungen bei der Altstoffsammelstelle (0,82 Mio. Franken), Grundstück Kat. Nr. 15458, an der Usterstrasse 105, zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 1090.5030.54 (Werkhof, 6,78 Mio. Franken) und Konto 1720.5030.100 (Altstoffsammelstelle, 0,82 Mio. Franken).
2. Die Kreditsumme erhöht oder reduziert sich entsprechend der Entwicklung des Zürcher Wohnbaukostenindex in der Zeit zwischen Kostenschätzung (Preisbasis 1. April 2010 = 112,2 Punkte, Basis 1. April 2005 = 100 Punkte) und Bauausführung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

Der Gemeinderat stimmt dem Bruttokredit für den Bau eines Werkhofes sowie für bauliche Massnahmen bei der Altstoffsammelstelle mit 38 zu 0 Stimmen zu.



Beschluss:

1. Bewilligung eines Bruttokredites (Gesamtkredit) von 7,6 Mio. Franken für die Erstellung eines neuen Werkhofes samt zudienenden Gebäuden und Werkflächen (6,78 Mio. Franken) sowie für die Überdachung, räumlichen Anpassungen und verkehrstechnischen Umgestaltungen bei der Altstoffsammelstelle (0,82 Mio. Franken), Grundstück Kat. Nr. 15458, an der Usterstrasse 105, zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 1090.5030.54 (Werkhof, 6,78 Mio. Franken) und Konto 1720.5030.100 (Altstoffsammelstelle, 0,82 Mio. Franken).
2. Die Kreditsumme erhöht oder reduziert sich entsprechend der Entwicklung des Zürcher Wohnbaukostenindex in der Zeit zwischen Kostenschätzung (Preisbasis 1. April 2010 = 112,2 Punkte, Basis 1. April 2005 = 100 Punkte) und Bauausführung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

5. Grundstück Hinteres Bettli, Verkauf an Alexius Eugster / Genehmigung GR Geschäft Nr. 105/2011

Referat KRL Thomas Maier (GEU/glp):

Beim zum Verkauf stehenden Grundstück der Stadt Dübendorf ginge es um das Grundstück in der Verlängerung der Immenhauserstrasse im Quartier Flugfeld. Die Stadt Dübendorf habe dieses Grundstück 1957 erworben mit dem Ziel, die Immenhauserstrasse fortzusetzen. Die Stadt Dübendorf benötige das Grundstück durch eine andere Verkehrsanbindung aber nicht mehr für den eigenen Bedarf. Allgemein lasse sich festhalten, dass das Flugfeldquartier einigen Investitionsbedarf aufweise. Die Stadt Dübendorf unterstütze diese Aufwertung mit einem Stadtentwicklungskonzept oder wie in diesem Fall mit einem aufwertenden Verkauf eines Grundstückes. Das Grundstück alleine sei unmöglich für sich alleine überbaubar. Einzig möglich sei es, das Grundstück einem der beiden Nachbarn zu verkaufen, damit diese mehr Optionen für Investitionen erhalten. Mit dem Kauf verpflichtet sich der Käufer unter anderem, nach Minergie zu bauen sowie ein Fuss- und Velofahrtwegrecht zu gewährleisten. In Anbetracht der schwierigen Lage des Grundstückes sei der Preis als sehr gut für die Stadt Dübendorf zu bezeichnen. Das Geschäft sei in der KRL geprüft worden. So sei geklärt worden, dass die Grundstückgewinnsteuer verbucht werde. Als Fazit könne festgehalten werden, dass der Verkauf eine grosse Chance zur Aufwertung sei, weshalb die KRL das Geschäft einstimmig zur Genehmigung empfehle.

Stellungnahmen Mitglieder KRL:

Peter Jann (GP):

Die Begründung des Stadtrates mit der Argumentation sei richtig und unbestritten. Es sei wichtig, dass die Stadt das grössere Ganze im Blick habe und Hand biete für die Aufwertung des Quartiers. Drei Punkte seien ihm jedoch aufgefallen. Erstens wolle die Stadt mit Verweis auf die Liegenschaftstrategie das Grundstück verkaufen. Wäre jedoch nicht eine Abgabe im Baurecht möglich gewesen? Zweitens sei es auffällig, dass die Stadt in den vergangenen Jahren Liegenschaften und Grundstücke verkauft habe, ohne etwas anzukaufen. Ein Versuch sei zwar unternommen worden, der sei jedoch von Anfang an unrealistisch gewesen. Vor dem Hintergrund der knappen Landreserven und der rasanten Entwicklung in Dübendorf sei der ausschliessliche Landverkauf aus seiner Sicht eine Sünde. Drittens sei das Grundstück im Finanzvermögen bilanziert worden. Der Verkaufserlös flosse in die Laufende Rechnung. Das wäre in Ordnung, wenn man hin und wieder aus der Laufenden Rechnung Grundstücke erwerben würde. Sonst werde nur die Rechnung beschönigt, was den Anreiz für unnötige Ausgaben oder für den ewigen Ruf nach Steuersenkungen steigere. Er sei insgesamt gespalten in seiner Meinung. Da er an der entsprechenden KRL-Sitzung nicht habe teilnehmen kön-



nen, werde er sich voraussichtlich der Stimme enthalten. Die SP/GP/Juso-Fraktion werde jedoch die strategische Landbewirtschaftung demnächst aufnehmen.

Stellungnahmen Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Er danke der KRL für die wohlwollende und effiziente Behandlung des Geschäftes. Dies habe dazu geführt, dass er an der KRL-Sitzung nicht habe teilnehmen können, da er zum Zeitpunkt des Sitzungsbeginns noch in einer anderen Kommissionssitzung der GRPK anwesend war. Er habe aber zum Abschluss der Sitzung noch Fragen beantworten können. Zum Votum von Peter Jann habe er zwei Bemerkungen. Das Grundstück würde sich zur Abgabe im Baurecht nicht eignen, da es sich um ein Reststück handle. Er sei aber bereit, gewisse Grundstücke im Baurecht zu belehnen. Der Stadtrat habe schon einige Male versucht, Grundstücke zu erwerben. Dass der Kauf jeweils gescheitert sei liege auch an den Finanzkompetenzen, und es sei für die Stadt nicht möglich, spekulative Preise für ein Grundstück zu bezahlen. Zum Vorwurf, dass der Verkauf eines Grundstückes die Rechnung beschönige, könne er entgegnen, dass die Einnahmen im Finanzplan transparent eingestellt seien und dazu verwendet würden, Nachholbedarf bei Investitionen zu finanzieren.

Abstimmung:

Antrag Stadtrat / KRL

1. Der am 28. September 2011 öffentlich beurkundete Kaufvertrag betreffend Verkauf des Grundstückes Kat.-Nr. 13025 mit 1'005 m², Hinteres Bettli, Dübendorf, zum Preis von Fr. 1'055'250.00 an Alexius Eugster, am Mülirain 5, 8117 Fällanden, sowie die Begründung einer neuen Dienstbarkeit „Fuss- und Velofahrtwegrecht für die Öffentlichkeit“, wird genehmigt.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

Der Gemeinderat stimmt dem Kaufvertrag betreffend Verkauf des Grundstückes Hinteres Bettli mit 32 zu 2 Stimmen zu.

Beschluss:

1. Der am 28. September 2011 öffentlich beurkundete Kaufvertrag betreffend Verkauf des Grundstückes Kat.-Nr. 13025 mit 1'005 m², Hinteres Bettli, Dübendorf, zum Preis von Fr. 1'055'250.00 an Alexius Eugster, am Mülirain 5, 8117 Fällanden, sowie die Begründung einer neuen Dienstbarkeit „Fuss- und Velofahrtwegrecht für die Öffentlichkeit“, wird genehmigt.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

6. Voranschlag 2012 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 97/2011

Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) erklärt den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. In der Eintretensdebatte wird zuerst das Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten in der Laufenden Rechnung sowie in der Investitionsrechnung keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt. Über die Abschreibungstabelle und den Bericht des Stadtrates zum Voranschlag finden keine Detailberatungen statt, da die entsprechenden Zahlen Bestandteil der Laufenden Rechnung bzw. der Investitionsrechnung sind. Nach der Detailberatung über die Laufende Rechnung und über die Investitionsrechnung findet jeweils eine Zwischenabstimmung über die bereinigte Laufende Rechnung bzw. über die bereinigte Investitionsrechnung statt. Anschliessend findet die Beratung über die Höhe des Steuerfusses statt und dessen Festlegung. In einer Schluss-



abstimmung wird dann gesamthaft über die Annahme bzw. Ablehnung des Voranschlages abgestimmt.

Gegen dieses Vorgehen werden auf Nachfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.

a) Eintretensdebatte

Referat GRPK Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Die Behandlung des Voranschlages 2012 gliedere ich wie in den Vorjahren in eine Eintretensdebatte und in eine Detailberatung. In der Eintretensdebatte kommen zur Sprache: Einleitende Gedanken des GRPK-Präsidenten, Eckwerte des Voranschlages 2012, Hinweise zur Laufenden Rechnung und zur Investitionsrechnung sowie eine Gesamtbeurteilung des Voranschlages 2012. Die Detailberatung umfasst einen Antrag der GRPK zur Laufenden Rechnung, allfällige Anträge aus dem Gemeinderat, den Steuerfuss und die Schlussabstimmung. Seit der Bildung des Gemeinderates Dübendorf 1974 sind die Wochen im Herbst jeweils für die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission eine intensive Zeit, so auch in diesem Jahr. Es galt, den Voranschlag der Stadt Dübendorf für das neue Jahr zu sichten, Entwicklungen zu hinterfragen, neue Tendenzen zu verstehen und die Gedanken des Stadtrates und der Verwaltung nachzuvollziehen. Wir haben die verantwortungsvolle Aufgabe mit Elan, Freude und Respekt in Angriff genommen. Erstmals stellte die Stadt eine ergänzende Übersicht mit wesentlichen Abweichungen je Abteilung und einer knappen Begründung zusammen, was einen guten Einstieg in die Thematik und einen schnellen Überblick über Entwicklungstrends ermöglichte. Die Ausarbeitung unseres Fragenkatalogs wurde dadurch wesentlich erleichtert. An zwei GRPK-Sitzungen erarbeiteten wir einen umfassenden Fragekatalog, der dem Stadtrat und der Verwaltung zur Beantwortung weitergeleitet wurde. Die Antworten des Stadtrates waren in diesem Jahr von wesentlich besserer Qualität. Prägnant und präzise formuliert und klar in der Aussage, so dass sich die Zahl unserer Anschluss- und Ergänzungsfragen markant reduzierte. Der persönliche Gedankenaustausch mit einer Delegation des Stadtrates am 21. November 2011 rundete die Bearbeitung des Voranschlages 2012 ab. Persönlich habe ich diese Sitzung als wertvoll und wichtig empfunden. Anschliessend diskutierte die GRPK mögliche Änderungsanträge zum Voranschlag 2012. Die vorberatende Kommission ist im Grundsatz mit dem Voranschlag 2012 einverstanden und beantragt lediglich eine Änderung. An dieser Stelle bedanke ich mich im Namen der GRPK beim Stadtrat und bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die grosse Arbeit rund um die Bearbeitung des Voranschlages 2012 und die hilfreiche Zusammenarbeit, die von Offenheit geprägt ist. Die Laufende Rechnung 2012 sieht bei einem Aufwand von 144,4 Millionen Franken und einem Ertrag von 142,5 Millionen Franken einen Fehlbetrag von 1,9 Millionen Franken vor. Erneut steigt der Nettoaufwand markant um 3,4 Millionen Franken oder 5,6 Prozent an. Erfreulich entwickeln sich die Steuererträge, sie liegen im laufenden Jahr um rund 5,4 Millionen Franken über dem Voranschlag. Für das neue Rechnungsjahr geht der Stadtrat davon aus, dass der Trend anhalten wird, und er rechnet mit einem weiteren Anstieg des Steuerertrages um 2,4 Millionen Franken. Zwei wesentliche Veränderungen prägen die Laufende Rechnung massiv, nämlich die Einführung des Finanzausgleichsgesetzes und die Neuausrichtung der Spitalfinanzierung und Pflegefinanzierung. Ich fasse die Auswirkungen kurz zusammen: Beim Finanzausgleichsgesetz entfallen in verschiedenen Bereichen Staatsbeiträge und im Gegenzug werden neue Finanzierungsmodelle eingeführt. Das Finanzausgleichsgesetz kennt fünf verschiedene Instrumente. Dübendorf gelangt unter Berücksichtigung der Steuerkraft in den Genuss von Ressourcenzuschüssen des Kantons. Für das neue Jahr erwartet die Stadt einen Betrag von netto knapp 2,9 Millionen Franken. Im Zusammenhang mit der damit verbundenen Aufgabenneuverteilung zwischen Kanton und Gemeinden steigt der Gemeindeanteil bei den Lehrerbesoldungen um 8,4 Prozent auf neu 80 Prozent, was allein bei der Primarschule zu einem weiteren Kostenschub von rund 1,2 Millionen Franken führt. Bei der Spitalfinanzierung und Pflegefinanzierung werden im Spital- und Pflegebereich die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden entflochten. Neu trägt der Kanton ausschliess-



lich die Spalkkosten, während die Kommunen allein für den Pflegebereich zuständig sind, was zu einem bedeutenden, nicht beeinflussbaren Kostenschub führt. Die Krankenkassen reduzieren nämlich ergänzend die Leistungen im Pflegebereich, was für die Stadt zu erheblichen Mehrkosten, auch bei den Ergänzungsleistungen von AHV/IV führt. Nach Schätzungen ist aus der Pflegefinanzierung im Langzeitbereich mit zusätzlichen ungedeckten Kosten zulasten des Steuerzahlers von rund 4 Millionen Franken zu rechnen. Die Systemänderung führt übrigens im Rechnungsjahr 2011 zu einer Doppelbelastung der Gemeinde. Die Zusatzaufwendungen Pflegebereich fallen bereits seit Anfang 2011 an, während die Entlastung im Spitalbereich erst ab 1. Januar 2012 wirkt. Zur Investitionsrechnung 2012: Im laufenden Jahr wurden die vorgesehenen Investitionen aufgrund Projektverzögerungen nur zu rund 70 Prozent realisiert. Für das neue Jahr sind Investitionen über knapp rund 16 Millionen Franken vorgesehen. Grössere Projekte sind Vorhaben für die Werterhaltung der Infrastruktur wie Verkehrswege und Kunstbauten, die Sanierung der unteren Geerenstrasse, und der Ersatz Brücke Bahnhofstrasse sowie der Neubau des Werkhofes. Die Finanzkraft der Stadt Dübendorf verbesserte sich im Mehrjahresvergleich markant, die Schulden wurden deutlich abgebaut, so dass nun wieder Spielraum besteht, die seit langem vorgesehenen Projekte zielgerichtet zur Ausführungsreife zu entwickeln. Die GRPK beurteilte ergänzend den Finanzplan und fand keine neuen Investitionsvorhaben, die aus heutiger Sicht nicht zweckmässig wären. Bei der Bearbeitung des Voranschlags 2012 und der anschliessenden Diskussion mit dem Stadtrat ist uns aufgefallen, dass bei den Schnittstellen zwischen Stadtrat und Primarschulpflege sowie zwischen Sozialbehörde und Stadtrat Optimierungsbedarf besteht. Aussagen des Finanzvorstandes bezüglich Entwicklung der Lehrerbessoldungen, wonach die Stadtverwaltung im Bereich Primarschule keine Hochrechnung führe und damit nicht beurteilen könne, ob die von der Primarschule genannten Lehrerlöhne von 14,8 Millionen Franken für das Jahr 2011 realistisch seien, stimmen uns nachdenklich. Der Stadtrat trägt die Gesamtverantwortung auch für den Bereich Primarschule. Seit der letzten Änderung der Gemeindeordnung ist der Präsident der Primarschule immer Mitglied des Stadtrates. Eine volle Transparenz und einen angemessenen Informationsaustausch zwischen den Behörden ist Grundvoraussetzung für einen effizienten Umgang mit den Steuermitteln. Aussenstehende können ein allfälliges Denken in eigenen Gärten weder verstehen noch nachvollziehen. Vergleichbare Äusserungen macht der Finanzvorstand auch im Bereich Soziales, wo die Sozialbehörde die primäre Verantwortung für den Betrieb des Alterszentrums trägt. Die Bereiche Bildung und Soziales fallen aufwandmässig enorm stark ins Gewicht. Das setzt eine bedingungslos gut funktionierende Zusammenarbeit, die durch Vertrauen, Offenheit und Transparenz geprägt ist, voraus. Die GRPK erwartet von den Partnern eine effektive und effiziente Zusammenarbeit. Alles andere ist dem Steuerzahler gegenüber nicht zu verantworten. Der Finanzplan bildet für den Stadtrat ein wichtiges Führungsinstrument, da er die künftige Entwicklung im Mehrjahresüberblick darstellt. Die GRPK und der Gemeinderat erhalten diese Unterlagen informationshalber. Trotzdem setzt sich die vorberatende Kommission intensiv mit dem Dokument auseinander. Der diesjährige Finanzplan ist von klar suboptimaler Qualität. In diesem Jahr enthält es zahlreiche Flüchtigkeitsfehler. Ganze Zahlenreihen für das Jahr 2015 fehlen, so dass die Aussagekraft des Arbeitsinstruments darunter deutlich leidet. Verschiedene Grafiken sind für Aussenstehende nicht interpretierbar, da erklärende Legenden und Hinweise fehlen. Die Aussagekraft des Finanzplanes ist dadurch stark eingeschränkt. Wir erwarten vom Finanzvorstand, dass der nächste Finanzplan mit der nötigen Sorgfalt erarbeitet und das Dokument vor dem Versand auf Flüchtigkeitsfehler überprüft wird. Zusätzlich traf das Arbeitspapier erst rund einen Monat nach Verabschiedung des Voranschlags 2012 bei der GRPK ein. Aus Zeitgründen beantwortete der Stadtrat die GRPK Fragen nur mündlich, was eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Antworten verunmöglichte. Es wäre schön, wenn die vorberatende Kommission im nächsten Herbst den Finanzplan 2012-2016 zusammen mit dem Voranschlag 2013 erhalten würde, was eine angemessene Beurteilung und Diskussion über den Inhalt ermöglicht. Zur Gesamtbeurteilung des Voranschlags 2012: Die GRPK stellte bei ihrer Arbeit fest, dass der Voranschlag 2012 gesamthaft sorgfältig erarbeitet worden ist. Die Stadt geht sinnvoll und sparsam mit den öffentlichen Mitteln um. Der Sachaufwand entwickelt sich leider wesentlich stärker als die Teuerung, was im neuen Jahr eine enge Begleitung durch die Exekutive und der Leitung der Stadtverwal-



tung erforderlich macht. Die GPRK erwartet, dass neue Aufgaben nur nach fundierter Überprüfung in Angriff genommen werden. Im Grundsatz ist die vorberatende Kommission mit dem zur Diskussion stehenden Voranschlag einverstanden. Im Rahmen der Detailberatung stelle ich nur einen Änderungsantrag. Ich beantrage im Namen der GRPK Eintreten auf den Voranschlag 2012.“

Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Martin Bäumle gibt einen Überblick über Entwicklungen im Voranschlag, in dem der Aufwand ansteigt. Besonders hebt er die Ungewissheiten bei der neuen Pflegefinanzierung und den Kostenanstieg für die Schule aufgrund einer neuen Aufteilung der Lehrerlöhne zwischen dem Kanton und den Gemeinden an. Bei den Investitionen gebe es einen grossen Nachholbedarf und grosse Projekte, die anstünden. Nach 2015 gingen die Investitionen jedoch wieder zurück. Auf der Einnahmeseite sei man auf dem Kurs des Finanzplans. Die Steuern würden durch die wirtschaftliche Entwicklung nicht markant sinken. Der Steuerfuss sei historisch tief, und es habe sich bewahrheitet, dass die vorjährige Senkung des Steuerfusses Bestand haben werde. Die Steuerkraftentwicklung bewege sich jedoch immer noch unterhalb derjenigen des Kantons. Unter diesen Voraussetzungen erachte der Stadtrat eine Senkung des Steuerfusses als vertretbar, auch wenn dadurch die Nettoschuld wieder ansteige. Er entschuldige sich dafür, dass es im Finanzplan durch ihn zu Flüchtigkeitsfehlern gekommen sei. Eine gleichzeitige Abgabe des Voranschlages und des Finanzplans sei jedoch auch künftig nicht möglich, da die Daten aus dem Voranschlag und der Hochrechnung für den Finanzplan benötigt würden. Die Hochrechnung 2011 sehe massiv höhere Ausgaben als im Voranschlag vor, jedoch auch weniger Investitionen und einen höheren Steuerertrag. 2011 sei dadurch ein gutes Jahr, ohne aber das Resultat aus dem Jahr 2010 wiederholen zu können. Als Schlussfolgerung schätze er die Wachstumsprognose der Steuererträge 2012 und im Finanzplan optimistischer ein als im Vorjahresfinanzplan. Grundsteuern werden wieder auf 5 Millionen Franken erwartet. Das Basisszenario sei mit höheren Risiken behaftet als im Vorjahr. Der Aufwand aus der Laufenden Rechnung konnte nicht im Rahmen der Finanzplanung gehalten werden und werde trotz Budgetüberarbeitung um rund 3,2 Millionen Franken markant überschritten. Die Investitionsrechnung sollte ab 2012 wegen Einzelposten stark ansteigen. Dank einer positiveren Entwicklung der Einnahmen werde der Cashflow gleich erwartet wie im Vorjahr prognostiziert. Die Zielvorgaben des Stadtrates und die Budgetphase für den Voranschlag 2012 wirkten nur teilweise aufwanddämpfend. Die verzinslichen Schulden würden ansteigen, wobei dies aus den Vorjahresresultaten finanziert werden könne. Dübendorf sei finanziell nach positiven Jahren wie 2008 und 2010 immer noch gut aufgestellt und könne eine Verschuldung verkraften. Ein besonderes Augenmerk sei trotz und gerade wegen der guten Steuererträge auf die Aufwandentwicklung zu richten. Die vorgenommenen Senkungen des Steuerfusses ab 2009 und die beantragte Steuerfussenkung ab 2012 blieben nachhaltig, wenn Steuern, Investitionsrechnung und vor allem der Aufwand der Laufenden Rechnung im Rahmen des Finanzplanes blieben. Zu den Zielen des Stadtrates im Finanzplan 2011-2015: Die Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand in der Laufenden Rechnung sei möglich. Die Nettoinvestitionen beim politischen Gut würden jedoch mehr als rund 60 Millionen Franken betragen. Damit kann die angestrebte Kontinuität bei den jährlichen Investitionen nicht erreicht werden. Eine Selbstfinanzierung von mindestens 100 Prozent im Fünfjahresmittel könne ebenfalls nicht erreicht werden. Dass die Verschuldung am Ende der Legislatur nicht mehr als rund 50 Mio. Franken betrage sei möglich, ebenfalls dass keine Nettoschuld bestünde und der Steuerfuss langfristig stabil und attraktiv sein könne.

Allgemeine Diskussion zur Eintretensdebatte:

Hans Baumann (SP):

Er habe grosse Bedenken wegen der beantragten Senkung des Steuerfusses und werde diese Bedenken im Laufe der Detailberatung anbringen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Das Eintreten ist somit beschlossen.



b) Detailberatung

1.a) Laufende Rechnung, Seiten 4 bis 82

10 Präsidium und Planung, Seiten 12 bis 20 – Keine Anträge, genehmigt.

11 Finanzen, Seiten 20 bis 27 – Keine Anträge, genehmigt.

12 Hochbau, Seiten 27 bis 28 – Keine Anträge, genehmigt.

13 Tiefbau, Seiten 29 bis 33 – Keine Anträge, genehmigt.

14 Sicherheit, Seiten 33 bis 39 – Keine Anträge, genehmigt.

15 Entsorgung und Betriebe, Seiten 39 bis 42 – Keine Anträge, genehmigt.

16 Soziales, Seiten 42 bis 51

Konto 1605.3661: Abschreibung von bevorschussten, nicht erhältlichen Alimenten

GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Die GRPK beantragt folgende Änderung der Laufenden Rechnung im Konto 1605.3661: Erhöhung der Ausgaben um 200'000 Franken auf neu 400'000 Franken.

Bereits vor Jahresfrist stellte die GRPK einen vergleichbaren Änderungsantrag. Wir haben damals den Stadtrat gebeten, in diesem Bereich keine Budgetkosmetik zu betreiben und die effektiv erwarteten Aufwendungen im Voranschlag einzustellen. Uns ist klar, dass die effektiven Aufwendungen von Jahr zu Jahr erheblich schwanken können. Die GRPK ist der Auffassung, dass im Voranschlag 2012 ein Betrag am oberen Rand der Schwankungsbandbreite aufzunehmen ist. Der Stadtrat erklärt sich mit dem gewählten Vorgehen einverstanden. In der Vorberatung war der einzige Änderungsantrag unbestritten.“

Antrag GRPK:

Konto 1605.3661 Bevorschusste, nicht erhältliche Alimente:

Antrag Stadtrat: Fr. 200'000 S

Änderungsantrag GRPK: Fr. 400'000 S

Abstimmung:

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 38 zu 0 Stimmen zugestimmt.

17 Bildung und Jugend, Seiten 51 bis 52 – Keine Anträge, genehmigt.

19 Primarschule, Seiten 52 bis 59 – Keine Anträge, genehmigt.

Zwischenabstimmung bereinigte Laufende Rechnung:

Der Gemeinderat stimmt der Laufenden Rechnung inklusive der beschlossenen Änderung mit 38 zu 0 Stimmen zu.



1.b) Investitionsrechnung, Seiten 83 bis 86

Es gibt keine Änderungsanträge zur Investitionsrechnung.

Zwischenabstimmung Investitionsrechnung:

Der Gemeinderat stimmt der Investitionsrechnung mit 38 zu 0 Stimmen zu.

2. Steuern

Auf der Grundlage des hundertprozentigen Steuerertrages von 54 Millionen 500'000 Franken beantragen der Stadtrat und die GRPK einen Steuerfuss von 86 Prozent. Dies ist eine Reduktion von 4 Prozenten gegenüber dem Steuerfuss von 2011 mit 90 Prozent. Die GRPK beantragt die Genehmigung dieses Antrages.

Referat GRPK Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Grundsätzlich unterstützt eine deutliche Mehrheit der GRPK die stadträtliche Politik, wonach der Steuerfuss im Mehrjahresvergleich möglichst konstant sein sollte. Die Rechnungsergebnisse der Stadt Dübendorf waren in den letzten Jahren mehr als nur erfreulich und es gelang, das Fremdkapital markant zu reduzieren. Die aktuelle Verschuldung liegt bei gut 30 Millionen Franken; ein Betrag der seit Jahren nicht mehr so tief war. In den nächsten Jahren stehen bedeutende Investitionsvorhaben auf der Agenda. Noch ist nicht klar, ob alle Projekte gleichzeitig umgesetzt werden können. Bei grösseren Vorhaben sind Verzögerungen nicht auszuschliessen. Eine klare Mehrheit der GRPK erachtet es als vertretbar, den Steuerfuss zu reduzieren, obwohl die finanzpolitischen Ziele des Stadtrates im Bereich der Investitionsfinanzierung – es wird ein Selbstfinanzierungsgrad von über 100 Prozent im Mittel der fünfjährigen Planperiode angestrebt – nicht erreicht werden. Es gilt den Steuerzahler an der erfreulichen Entwicklung der letzten Jahre teilhaben zu lassen. Die tiefe Verschuldung der Stadt erlaubt, einen Teil der anstehenden Investitionen fremd zu finanzieren. Die Kapitalmarktzinsen sind derzeit extrem tief, so dass der zusätzliche Zinsaufwand nicht stark ins Gewicht fällt. Die GRPK beantragt dem Gemeinderat, dem stadträtlichen Antrag zu folgen.“

Weitere Anträge / Allgemeine Diskussion:

Hans Baumann (SP):

Der Stadtrat wolle den Steuerfuss um 4 Prozent auf 86 Prozent senken. Er begründe dies damit, dass die Steuererträge 2011 rund 5,4 Millionen Franken über dem Voranschlag 2011 liegen und die Legislaturziele langfristig eine attraktive Steuerpolitik mit einem stabilen Steuerfuss vorsähen. Im Folgenden werde gezeigt, dass eine Steuerfussenkung mit den Legislaturzielen keineswegs in Einklang zu bringen sei und deshalb abgelehnt werden müsse. Gegenüber den Legislaturzielen seien die Investitionen mit 94 Millionen Franken gemäss Finanzplan 2011-2015 höher als die geplanten weniger als 60 Millionen Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad sei mit 69,7 Prozent ebenfalls unter den angestrebten 100 Prozent im Jahresmittel. Die Verschuldung sei dafür mit 63 Millionen Franken über der definierten Grenze von 50 Millionen Franken. Ebenfalls liege eine Nettoschuld von 8 Millionen Franken gegenüber der Vorgabe „keine Nettoschuld“ vor, und statt eines langfristig stabilen Steuerfusses fehlten 13,7 Steuerprozent. Zur Beurteilung des Steuerfusses könne nicht nur der Voranschlag 2012 herangezogen werden. Genauso wichtig seien die mittelfristigen Aussichten im Finanzplan. Der Voranschlag und der Finanzplan entsprechen in keinem einzigen Punkt den Legislaturzielen. Gemäss Finanzplan fehlten jährlich 8,6 bis 25,2 Steuerprozent für einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent wie er als Legislaturziel geplant werde. Trotzdem empfehle der Stadtrat eine Steuerfussenkung. Dies obschon der Finanzplan von einem unrealistischen Nullwachstum des Nettoaufwands bis



2015 ausgehe und Liegenschaften für 8 Millionen Franken verkauft werden. Angesichts des finanziellen Ungleichgewichts werde bereits mit einer Kürzung der Investitionen gedroht: Das Investitionsprogramm solle „priorisiert, das Volumen reduziert“ werden. Der Stadtrat betreibe damit eine unseriöse Finanzpolitik. Der Gemeinderat müsse die Steuerfussenkung ablehnen oder den Stadtrat mit einer Revision der Legislaturziele beauftragen. Die SP/GP/Juso-Fraktion beantrage deshalb die Beibehaltung des Steuerfusses bei 90 Prozent.

Daniel Brühwiler (GEU/glp):

„Ich schicke es gleich voraus, die GEU/glp-Fraktion trägt die vom Stadtrat beantragte Senkung des Steuerfusses mit. Fraktionsintern gingen diesem Entscheid einige heftige Diskussionen und intensives Auseinandersetzen mit dem vorliegenden Finanzplan voraus. Schliesslich ist der Entscheid für ein Ja gefallen, aber es gibt dazu einige kritische Anmerkungen, die ich im Folgenden darlegen möchte. Zwar wird der Steuerfuss jeweils zusammen mit dem Voranschlag festgelegt und ist für ein Jahr gültig. Nun hat sich der Stadtrat schon vor einigen Jahren das Ziel gegeben, einen stabilen Steuerfuss anzustreben statt eines jährlich wechselnden rauf und runter. Wir von der GEU/glp-Fraktion glauben wie der Stadtrat, dass ein stabiler Steuerfuss Sinn macht. Deshalb basieren meine folgenden Überlegungen bzw. kritischen Anmerkungen nicht auf dem Voranschlag 2012, sondern auf der mehrjährigen Sichtweise des Finanzplans. Als erstes komme ich auf die geplante Neuverschuldung zu sprechen. Gemäss Finanzplan ist nämlich ein Anstieg der verzinslichen Schuld von etwa 40 Millionen Franken bis Ende 2015 vorgesehen. In der Grafik dargestellt habe ich das Basisszenario gemäss Finanzplan. Der Schuldenanstieg liegt aber bei allen dargestellten Szenarien im Bereich zwischen etwa 30 und 40 Millionen Franken. Grundsätzlich findet es die GEU/glp-Fraktion unpassend, wenn der Stadtrat eine markante Neuverschuldung plant und gleichzeitig eine Steuerfussenkung beantragt. Allerdings kann diese Neuverschuldung einem einzigen Investitionsvorhaben zugeordnet werden, nämlich dem Kredit für den Ausbau des ASZ. Und dieser Kredit ist für die GEU/glp-Fraktion ein Problem, und des nicht nur, weil er die finanziellen Möglichkeiten der Stadt übersteigt. Uns stört, wie der Kredit im Verlaufe der Zeit gewachsen ist. Zuerst war einmal von 24 Millionen Franken die Rede, jetzt sind im Finanzplan 38 Millionen Franken eingestellt, und in der Medienmitteilung vor zwei Monaten nannte der Stadtrat einen Betrag bei 41 Millionen Franken. Uns stört, dass sich der Stadtrat auf die grosse zentrale Kiste konzentriert. Dabei gäbe es mit den dezentralen Pflegewohnungen Alternativen, die gerade bei den Investitionen massiv günstiger zu stehen kommen. Und das, ohne bei der effektiven Leistung Abstriche zu machen. Uns stört, dass trotzdem seit fast zehn Jahren keine Pflegewohnung mehr eröffnet wurde. Uns stört, wie hier in einem SVP-geführten Ressort mit Steuergeldern umgegangen wird. Wenn der ASZ-Kredit so kommt, wie es sich im Moment abzeichnet wird für die Steuerzahlenden in Dübendorf ein Schaden in zweistelliger Millionenhöhe entstehen. Und dagegen wird sich die GEU/glp klar zur Wehr setzen. Auch dem Stadtrat ist offenbar die Höhe dieses Kredites nicht ganz geheuer. Er hat nämlich verschiedentlich u.a. auch im Finanzplan angekündigt, alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen. Da nehmen wir den Stadtrat beim Wort; wir erwarten, dass er eine alternative Finanzierungsmöglichkeit findet. Von der Neuverschuldung her gesehen spricht dann – und nur dann – nichts gegen die beantragte Steuersenkung. Ich zeige noch eine zweite Grafik aus dem Finanzplan. Sie zeigt die Entwicklung des Nettoaufwandes. In den Jahren 2001 bis 2008 hatte der Stadtrat die Entwicklung einigermaßen im Griff. Ab 2008 setzte dann ein fast schon unheimliches Wachstum des Nettoaufwandes ein. Gemäss Hochrechnung hält dieses offenbar auch im laufenden Jahr noch an. Für die Zukunft plant der Stadtrat wieder mit einem deutlich moderateren Wachstum. Dieses bildet die Basis für die beantragte Senkung des Steuerfusses. Wie der Stadtrat das Aufwandwachstum wieder in den Griff bekommen will, sagt er leider nirgends. Wie schon bei der Investition für das ASZ wäre es der GEU/glp-Fraktion auch beim Nettoaufwand lieber, wenn der Stadtrat seine Hausaufgaben vor der Senkung des Steuerfusses gemacht hätte. Dem ist leider nicht so. Auf der andern Seite erhält die Stadt Dübendorf 2012 erstmals Geld aus dem neuen Finanzausgleich. Zwar muss die Stadt gleichzeitig auch einen höheren Anteil an den Lehrerlöhnen übernehmen. Unter dem Strich bleibt aber ein Betrag, der zwischen zwei und drei Steuerprozenten liegt. Beim ge-



genwärtigen Aufwandwachstum ist unsere Sorge sicher nicht unberechtigt, dass der Stadtrat diesen Betrag einfach irgendwo in der laufenden Rechnung verdampft und die Steuerzahlenden nichts davon haben. So haben wir uns auch unter diesem Aspekt dazu durchgerungen, die beantragte Steuer-senkung mitzutragen. Was bleibt ist die deutliche Aufforderung an den Stadtrat, die genannten Haus-aufgaben zu erledigen.“

Patrick Walder (SVP):

Er halte fest, dass die Legislaturziele eine Angelegenheit des Stadtrates, und nicht des Parlamentes oder gar der Bevölkerung seien. Es gehe hier um die Steuerfussdebatte, und nicht um die Legislatur-ziele. Es sei speziell, wenn Oppositionsparteien sich blindlings auf die Ziele des Stadtrates aus dem Legislaturprogramm verliessen, er müsse sich fast Sorgen um die SP machen. Er sei der Ansicht, dass die neue Konstruktion HRM2 besser sei als von Martin Bäumle prognostiziert. Eine Senkung der Steuern sei insgesamt kein Problem aufgrund der Überschüsse. Er unterstütze deshalb den Antrag des Stadtrates.

Dominic Müller (CVP):

„Am Voranschlag an und für sich sehen wir keinen Veränderungsbedarf. Was auch uns negativ auf-fällt und beunruhigt sind die steigenden Kostenblöcke im Bereich Schule und Sozialwesen, die grös-senteils ausserhalb unseres Einflussbereichs. Diese Kosten kommen aus gebunden Ausgaben zu-stande, die zu einem grossen Teil von kantonalen oder sogar nationalen Gesetzgebungen abhängig sind. So müssen wir dem Anstieg tatenlos zusehen. Das damit verbundene Ohnmachtsgefühl gefällt nicht. Patentlösungen sehen wir aber leider ebenso wenig. Beim Thema Steuerfuss, da wird die Sachlage komplexer, wenn man sich auf die Details einlässt und nicht einfach pauschal urteilt. Für uns gibt es zwei Gründe die Steuern nicht zu senken. Erstens der grosse Nachholbedarf, der in un-terschiedlichen Bereichen auf uns zukommt. Die Themen sind in diesem Zusammenhang alle ge-nannt. Und zweitens der Bedarf, den wir im Wunschbereich sehen. Der vorliegende Finanzplan sieht nämlich keine einzige Wunschposition vor. Was wäre, wenn wir einmal etwas mehr als nur das abso-lut notwendige tun wollten? Zum Beispiel auf dem Leepünt doch noch einen Stadtsaal realisieren oder über Pinselrenovationen in Bahnhofunterführungen hinausgehen möchten? Wenn wir dem Steuerzahler andere Werte als Steuersenkungen zurückgeben wollten, Dübendorf infrastrukturell attraktiver machen wollten? Eine Steuersenkung führt zu knapperen Zahlen und diese wiederum ma-chen den psychologischen Spielraum enger: ‚Wir haben das Geld nicht, also können wir es uns nicht leisten.‘ Diesen beiden theoretischen Argumenten stehen aber politische Realitäten gegenüber. In der aktuellen politischen Konstellation in Stadt- und Gemeinderat will das politische Dübendorf offensicht-lich keine Wunschprojekte lostreten oder ist nicht fähig. Leidensgeschichten wie das Leepüntareal sprechen Bände. Somit bringt es nichts Geld für eine Stadtentwicklung auf Halde zu legen, die nicht stattfindet. Aber noch bedenklicher ist, selbst den unstrittigen Nach- oder Erneuerungsbedarf kriegen wir nicht in vernünftiger Zeit umgesetzt. Ich erinnere an den Projektverlauf im Thema Bauhof oder das Alters- und Spitexzentrum. Das politische Dübendorf scheint nur sehr eingeschränkt bzw. nur äussert langsam umsetzungsfähig. Ich möchte an dieser Stelle nicht tiefer in das Thema einsteigen, das ist ein Endloses. Die Zahlen der Investitionsplanungen gegenüber den effektiven Ausgaben der letzten Jahre sprechen eine deutliche Sprache. Wir haben meist nur geschafft Bruchteile der geplanten In-vestitionen auch umzusetzen. Wenn wir also theoretisch klaren Investitionsbedarf sehen und den als Planungsgrundlagen nehmen, aber praktisch davon ausgehen müssen, dass wir es nicht schaffen, das Geld auch effektiv auszugeben, dann beginnen wir als Staat Geld anzuhäufen. In diesem Mo-ment kommt aus liberaler Perspektive das ordnungspolitische Gewissen zum Tragen. Es ist nicht Aufgabe des Staates mehr Geld anzuhäufen als er ausgeben kann, sonst tendiert der Staat wie jede andere Organisation dazu sich aufzublähen und träge zu werden. Knappheit ist oft Anstoss für die Suche nach kreativeren Lösungen. Die auch schon diskutierte Realisierung eines ASZD im Rahmen einer Stiftung oder eines Public Private Partnership könnten solche Ansätze sein, die durchaus disku-tiert werden dürfen. Vor diesem Hintergrund unterstützt die CVP-Fraktion die beantragte Steuersen-



kung des Stadtrats. Die Steuersenkung bringt uns ziemlich genau ins kantonale Mittel der Steuersätze. Wir sehen diesen neuen Wert als Grundlinie, die man dann bei konkretem Bedarf im Zusammenhang mit konkreten zukünftigen Entwicklungsprojekten auch wieder erhöhen darf und soll – aber mit einem konkreten Bezug zu praktisch realisierbaren Vorhaben.“

Max Senn (SP):

„Ich lese ihnen Auszüge aus dem Finanzplan 2011- 2015 vor, welcher vom Stadtrat verabschiedet wurde. S. 17 unten und 18 oben: ‚Eine allfällige Differenz führt zu einer Zunahme beim Fremdkapital. Im Finanzplan 2011 bis 2015 zeigt sich wegen der hohen Investitionen ein sich rasch verschlechterndes Bild.‘ S. 18, zweiter Abschnitt letzter Satz: ‚Auch ohne diese Investitionen muss per Ende 2015 immer noch mit einem Schuldenanstieg von zirka 41 Millionen auf ca. 62,5 Millionen Franken gerechnet werden.‘ S. 22, letzter Satz: ‚Die Verschuldung steigt trotz erhöhter Steuerprognosen v.a. wegen der hohen geplanten Investitionen in allen Szenarien gegenüber den Vorjahren nochmals markant an.‘ S. 27 rechte Spalte oben: Unter Planungsperiode 2011-2015 steht bei Zeile Vermögenslage: ‚Starke Zunahme der Verschuldung.‘ Zum Schluss auf S. 8, fünfter Absatz steht: ‚All diese Vorhaben erfordern bei geplanter und vollständiger Umsetzung bedeutend mehr Mittel als ursprünglich geplant.‘ Es gibt noch weitere kritische Äusserungen im Finanzplan. Für uns ist klar, dass der Stadtrat mit diesen Aussagen auch Bedenken und Vorbehalte gegen eine Steuersenkung hat und darum sind wir von der SP/JUSO/Grüne-Fraktion gegen eine Steuerreduktion von 4 Prozent.“

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Der Stadtrat wäge sorgfältig Chancen und Risiken ab. Gegenüber dem letzten Finanzplan beinhalte der aktuelle Finanzplan keine wesentliche Verschlechterung. Das Szenario rechne durch den neuen Finanzausgleich mit einer Senkung des Steuerfusses um 4 Prozent, durch die Erhöhung des Anteils für Lehrerlöhne seien es realistisch noch 2,5 Prozent. Ohne Steuerfussenkung könne die gute Lage der Finanzen nicht weitergegeben werden. Bei der Aufwandsteigerung seien die Schule und das Soziale die Hauptfaktoren, in denen man keinen Handlungsspielraum habe. Es gebe zwar Argumente, die gegen eine Steuerfussenkung sprechen, jedoch sei eine höhere Verschuldung verkraftbar. Aufgrund des NFA, der rund 2 Steuerprozent ausmache, und weiteren 2 Prozent durch positive Erträge und eine tiefe Verschuldung seien insgesamt 4 Prozent Reduktion machbar und während vier bis sechs Jahren zu halten, wenn nicht etwas Unvorhergesehenes passiere. Es sei zudem wichtig, optimistisch zu sein und der Bevölkerung und den Unternehmen in Dübendorf ein positives Zeichen zu setzen.

Abstimmung:

Zustimmung zum Antrag des Stadtrates und der GRPK mit einem Steuerfuss von 86 Prozent 29 Stimmen

Zustimmung zum Antrag der SP/GP/Juso-Fraktion mit einem Steuerfuss von 90 Prozent 7 Stimmen

Der Gemeinderat hat für die politische Gemeinde einen Steuerfuss von 86 Prozent festgelegt.

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem geänderten Voranschlag 2012 mit einem Steuerfuss von 86 Prozent mit 31 zu 6 Stimmen zu.



Beschluss:

Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. den Voranschlag 2012 des Politischen Gutes mit folgender Änderung in der Laufenden Rechnung zu genehmigen:
 - Konto 1605.3661 Bevorschusste, nicht erhältliche Alimente:
Kosten neu: Fr. 400'000 S
2. eine Steuer für die Politische Gemeinde von 86 % zu erheben, berechnet auf der Grundlage eines mutmasslichen Steuerertrages zu 100 % von 54'500'000 Franken;
3. den Stadtrat zu ermächtigen, zur Realisierung von Projekten, für die entsprechende Beschlüsse vorliegen, die notwendigen Darlehen aufzunehmen.

7. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte (Rücktritt Peter Jann) GR Geschäft Nr. 107/2011

Referent Interfraktionelle Konferenz Theo Johner (BDP):

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Patrick Angele (SP) als Nachfolger von Peter Jann (GP) zur Wahl in die KRL vor.

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl:

Gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates, Artikel 38, Ziffer 1 richtet sich das Verfahren bei Wahlen nach kantonalem Recht. Gemäss Geschäftsreglement des Kantonsrates § 43 werden die vorgeschlagenen Personen als gewählt erklärt, wenn nicht mehr Wahlvorschläge vorliegen als Sitze zu besetzen sind. Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) Patrick Angele (SP) per 1.1.2012 als gewähltes Mitglied der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte.

8. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (Rücktritt Hans Baumann) GR Geschäft Nr. 109/2011

Referent Interfraktionelle Konferenz Theo Johner (BDP):

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Stefan Kunz (GP) als Nachfolger von Hans Baumann (SP) zur Wahl in die GRPK vor.

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl:

Gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates, Artikel 38, Ziffer 1 richtet sich das Verfahren bei Wahlen nach kantonalem Recht. Gemäss Geschäftsreglement des Kantonsrates § 43 werden die vorgeschlagenen Personen als gewählt erklärt, wenn nicht mehr Wahlvorschläge vorliegen als Sitze



zu besetzen sind. Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) Stefan Kunz (GP) per 1.1.2012 als gewähltes Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

9. Wahl Gemeinderatssekretär a.i. GR Geschäft Nr. 108/2011

Referent Interfraktionelle Konferenz Theo Johner (BDP):

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Peter Imhof als Nachfolger von Marcel Amhof zur Wahl als Gemeinderatssekretär a.i. vor.

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl:

Gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates, Artikel 38, Ziffer 1 richtet sich das Verfahren bei Wahlen nach kantonalem Recht. Gemäss Geschäftsreglement des Kantonsrates § 43 werden die vorgeschlagenen Personen als gewählt erklärt, wenn nicht mehr Wahlvorschläge vorliegen als Sitze zu besetzen sind. Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt Gemeinderatspräsident Peter Imhof per 1.1.2012 zum gewählten Gemeinderatssekretär.

10. Sieben Bürgerrechtsgesuche

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die traktandierten Anträge geprüft. Alle Gesuche wurden durch die BRK einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf Referate von Seiten der Bürgerrechtskommission verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden Beschlüsse.

10.1. Sohail Muhammad Shoaib sowie die Kinder Rayyan und Eshan, pakistanische Staatsangehörige, Alte Gfennstrasse 8a, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 85/2011

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 23 zu 5 Stimmen zu.

Beschluss:

1. Sohail Muhammad Shoaib, pakistanischer Staatsangehöriger, geboren am 9. Januar 1980 in Karachi (Pakistan), verheiratet, Database Engineer, sowie die Kinder Sohail Rayyan, geboren am 8. Mai 2008 in Zollikon (ZH) und Sohail Eshan, geboren am 29. Mai 2009 in Zollikon (ZH), wohnhaft Alte Gfennstrasse 8a, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



**10.2. Ismaili Halit sowie die Kinder Shekjibe und Vejsel, mazedonische Staatsangehörige, Rotbuchstrasse 6, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 92/2011**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 23 zu 6 Stimmen zu.

Beschluss:

1. Ismaili Halit, mazedonischer Staatsangehöriger, geboren am 1. September 1974 in S. Debrése (Republik Serbien), verheiratet, Storenmonteur, sowie die Kinder Ismaili Shekjibe, geboren am 20. Februar 1996 in Zürich (ZH) und Ismaili Vejsel, geboren am 10. Oktober 1999 in Zürich (ZH), wohnhaft Rotbuchstrasse 6, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**10.3. Mahmood Asif, pakistanischer Staatsangehöriger, Kriesbachstrasse 67b, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 93/2011**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 4 Stimmen zu.

Beschluss:

1. Mahmood Asif, pakistanischer Staatsangehöriger, geboren am 18. Dezember 1970 in Gujrat (Pakistan), verheiratet, Kellner, wohnhaft Kriesbachstrasse 67b, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**10.4. Maliqi Kujtim, serbischer Staatsangehöriger, Zürichstrasse 39, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 94/2011**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 23 zu 4 Stimmen zu.



Beschluss:

1. Maliqi Kujtim, serbischer Staatsangehöriger, geboren am 14. September 1985 in Kos Kamenica (Republik Serbien), verheiratet, Landschaftsgärtner, wohnhaft Zürichstrasse 39, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

10.5. Natterer Elfriede, deutsche Staatsangehörige, Spirackerstrasse 20, Gockhausen / Genehmigung GR Geschäft Nr. 95/2011

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 26 zu 1 Stimmen zu.

Beschluss:

1. Natterer Elfriede, deutsche Staatsangehörige, geboren am 8. Juni 1956 in Dietmannsried (Deutschland), verheiratet, Pflegefachfrau & Erwachsenenbildnerin, wohnhaft Spirackerstrasse 20, Gockhausen, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

10.6. Da Costa Ana Carenina sowie die Kinder Da Costa Frädrich Thalisha und Da Costa Frädrich Alexa Jolie, brasilianische Staatsangehörige, Neuhausstrasse 16, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 99/2011

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 26 zu 2 Stimmen zu.

Beschluss:

1. Da Costa Ana Carenina, brasilianische Staatsangehörige, geboren am 30. Oktober 1973 in Rio de Janeiro (Brasilien), geschieden, Hausfrau, sowie die Kinder Da Costa Frädrich Thalisha, geboren am 9. Februar 2005 in Zollikon (ZH) und Da Costa Frädrich Alexa Jolie, geboren am 7. April 2009 Zollikon (ZH), wohnhaft Neuhausstrasse 16, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



10.7. Kitanovski Robert, mazedonischer Staatsangehöriger, Säntisstrasse 2, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 100/2011

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 4 Stimmen zu.

Beschluss:

1. Kitanovski Robert, mazedonischer Staatsangehöriger, geboren am 17. Mai 1976 in Novo Selo (Mazedonien), verheiratet, Lagermitarbeiter, wohnhaft Säntisstrasse 2, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) gratuliert den neu Eingebürgerten und wünsche ihnen viel Freude an ihrem Bürgerrecht.

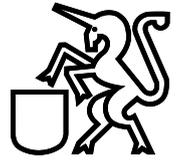
Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) orientiert, dass das Büro des Gemeinderates an seiner Sitzung vom 12. Dezember 2011 darüber entscheiden werde, ob die nächste Gemeinderatssitzung am Montag, 9. Januar 2012 oder am Montag, 6. Februar 2012 stattfinden wird. Gemäss Art. 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates werde er im Anschluss an die Sitzung des Büros für die nächste Sitzung des Gemeinderates einladen.

Einwände gegen die Verhandlungsführung:

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Nachfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse gestützt auf §151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

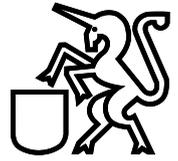
Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) dankt den Ratsmitgliedern für das Geleistete im Jahr 2011. Es sei nicht selbstverständlich, dass es noch so viele Personen gebe, die sich für das Wohl der Öffentlichkeit einsetzen. Der Honig solle symbolisch an die vielen emsigen Bienen in der Stadt erinnern und ein kleines Zeichen des Dankes darstellen. Abschliessend lädt er zum Apéro ein um auf die kommenden Festtage und das Jahresende anzustossen.

Schluss der Sitzung: 21.25 Uhr



Für die Richtigkeit

Marcel Amhof
Gemeinderatssekretär



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Rolf Biggel
Gemeinderatspräsident

Patrick Schnider
Stimmzähler

Benedikt Stockmann
Stimmzähler

Jacqueline Hofer
Stimmzählerin